

Winterthur und Zürich, 17. Dezember 2001

KR-Nr. 391/2001

POSTULAT von Christoph Schürch (SP, Winterthur), Hans Fahrni (EVP, Winterthur) und Erika Ziltener (SP, Zürich)

betreffend Bericht Zwischenbilanz der gesundheitspolitischen Umstrukturierung mittels Spital-, Psychiatrie- und Pflegeheimliste im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen dem Kantonsrat einen differenzierten Zwischenbericht zur weitreichenden Umstrukturierung mittels Spital-, Psychiatrie- und Pflegeheimliste im Kanton Zürich unter Berücksichtigung insbesondere der finanziellen (wer wurde ent- respektiv belastet?) und qualitativen Aspekte vorzulegen. Vergleichsgrössen sollen die Jahre 1990-1995 auf der einen, und die Folgejahre bis 2001 auf der anderen Seite sein. Neben der Analyse der harten Fakten aller drei Listen, sollen im Bericht auch Trends und die Rollen der verschiedenen gesundheitspolitischen Beteiligten aufgezeigt werden.

Christoph Schürch
Hans Fahrni
Erika Ziltener

Begründung:

Im Zuge der Umsetzung der Spitalliste wurden verschiedene Spitäler geschlossen oder fusioniert. Die Spitäler Bauma und Pfäffikon wurden leider zu Pflegeheimen umfunktioniert, obwohl unter Fachleuten unbestritten ist, dass ein für die Nutzung eines Akutspital konzipiertes Haus für die Nutzung als Heim, in welchem jahrelang gewohnt wird, ungeeignet ist. Praktisch alle übrig gebliebenen Regionalspitäler bauen oder bauten ihre Kapazitäten zum Teil substantiell aus (Uster, Wetzikon, Zimmerberg, Bülach). In Rheinau wird für weit über 100 Mio. Franken saniert obwohl die Angebote in Winterthur aufgebaut wurden (was nochmals mit zusätzlichen Kosten verbunden ist). Unter diesen Prämissen wäre es interessant und wichtig zu wissen, wie die Kosten- und Qualitätsbilanz aussieht. Man wird den Eindruck nicht los, dass unter dem Strich für die Gesamtgesundheitskosten keine Einsparungen resultieren und Qualität (zum Beispiel Kundennähe, Zeit für Gespräche und Begleitung in Krisensituationen, Wiedereintrittsquote / Drehtüreffekt, Lebensqualität, Medikamenteneinsatz, Nachbehandlungen, etc.) abgebaut wurde. Auch scheint es, dass sich der Kanton immer mehr aus der Gesundheitskostenfinanzierung zurückzieht und die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler durch die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich tendenziell stärker belastet wurden / werden.